

«Sämtliche Organisationen stellen eine Zunahme von Gewalttaten fest»

Die Sexarbeit verbieten oder die Freier bestrafen? Diese Debatte wird derzeit auch in der Schweiz geführt. Unser Interview mit dem französischen Sexarbeiter und Aktivistin Thierry Schaffauser zeigt auf, wohin Verbote und Kriminalisierung führen. Das Interview für die Aids-Hilfe Schweiz führte Nathan Schocher.

INTERVIEW

Thierry Schaffauser, welche Auswirkungen hat das neue französische Gesetz auf Ihre Arbeit und auf die Sexarbeit im Allgemeinen?

Wir stellen generell eine Prekarisierung fest: Die Kunden haben heute im Preisverhandeln die Oberhand. Der Preisdruck steigt, Sex ohne Kondom wird immer häufiger verlangt, die Meldungen von Gewaltanwendungen sowie von Neuanssteckungen mit STI/HIV werden mehr. Das Gewerbe verlagert sich fortwährend, so dass HIV-positive Sexarbeitende Schwierigkeiten haben, ihre Viruslast kontrollieren zu lassen, die demzufolge häufiger ansteigt. All dies haben Le Bail/Giametta in ihrer im April 2018 veröffentlichten Studie dokumentiert.

Führt das Bestrafen der Freier zu grösserer oder geringerer Gefahr für Ihre Arbeit?

Sämtliche Organisationen stellen eine Zunahme von Gewalttaten fest. Der Mord an Vanessa Campos vor Kurzem ist ein ganz offenkundiger Beleg dafür. Seit zehn Jahren muss man in immer abgelegeneren Winkeln im Wald arbeiten. Vanessa war allein an einer Stelle ohne Licht, ihre Freundinnen gelangten zu spät zum Tatort, sie konnten ihr nicht helfen. Im Schnitt kommt es heute zu doppelt so vielen Gewaltmeldungen.

Ist der Zugang zur Gesundheitsversorgung für Sie einfacher oder schwieriger geworden?

Die offiziellen Gesundheitsdienste haben seit dem Inkrafttreten des Gesetzes [im

April 2016, Anm. d. Red.] leider den Kontakt zu den Sexarbeitenden verloren, nicht zuletzt infolge der örtlichen Verlagerungen der Sexarbeit, zu denen es gekommen ist. Meine Kollegen sind von ihren Problemen ebenso überfordert: Die Zahl von Depressionen und Stress hat zugenommen. Unseres Erachtens hat sich dies ungünstig auf den Umgang mit den Behörden und den Zugang zur Gesundheitsversorgung ausgewirkt.

Führt das neue Gesetz dazu, dass Sie einen Berufswechsel in Betracht ziehen müssen?

Theoretisch hat das Gesetz den «Ausstieg aus der Prostitution» zum Ziel. In Tat und Wahrheit haben sich in zwei Jahren weniger als fünfzig Personen für die neuen «Massnahmen zum Ausstieg aus der Prostitution» entschieden – also weniger als 5 Prozent der 500 pro Jahr, von denen man ausgegangen war. Diese Massnahmen stellen viel eher eine Kontrolle, eine Erpressung und eine Überwachung der Betroffenen als eine Hilfe dar. Sie sind ausserhalb des geltenden Rechts geschaffen worden und bringen keinen Vorteil, denn der vorgesehene Unterstützungsbeitrag ist geringer als die Sozialhilfe. Das Ziel des Gesetzgebers war, die Sexarbeitenden dazu zu bewegen, ihre Arbeit aufzugeben – was offensichtlich nicht funktioniert hat.

Wirkt sich das neue Gesetz auf die Arbeit von Männern anders aus als auf die Arbeit von Frauen oder trans Menschen?



© Marco Leitão Silva

Thierry Schaffauser

Thierry Schaffauser (geb. 1982 in Suresnes, Frankreich), seit 2002 Sexarbeiter, ist Mitgründer des Syndicat du Travail Sexuel (Gewerkschaft für Sexarbeit) und Kenner des Sexgewerbes, da er nicht nur auf der Strasse gearbeitet hat, sondern auch als Escort und als Pornodarsteller. Er ist Autor des Buchs «Les luttes des putes» und schreibt regelmässig für den Blog «Ma lumière rouge» in der Online-Ausgabe der Zeitung «Libération».

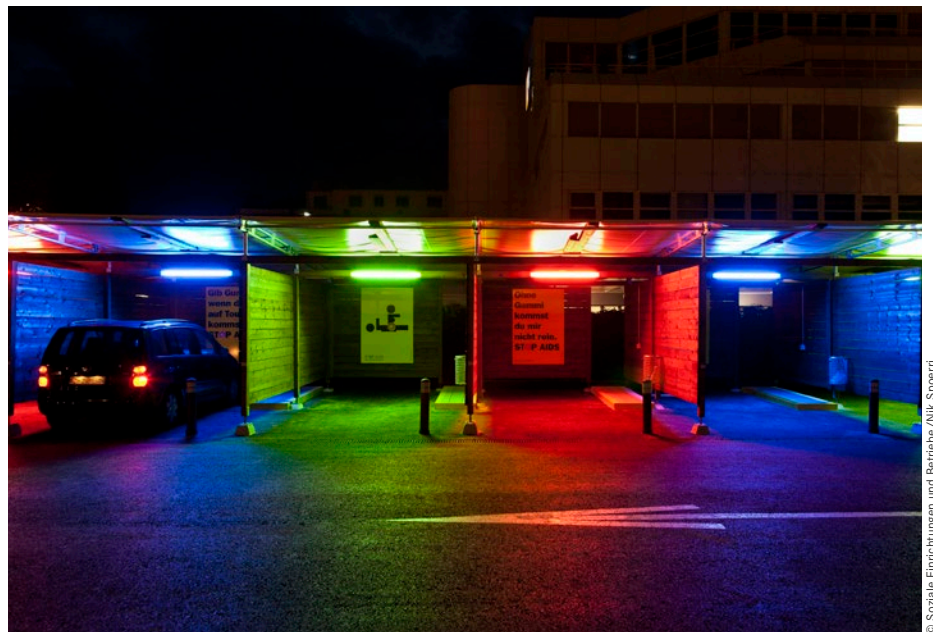
Die männlichen Sexarbeitenden sind hauptsächlich übers Internet tätig, von der Bestrafung ihrer Kunden sind sie also weniger stark betroffen. Trotzdem bekommen auch sie die indirekten Auswirkungen zu spüren – wie etwa den Preiszerfall, der zuerst die Arbeit auf der Strasse erfasst hat, wo der Preisdruck am stärksten ist, von dem inzwischen aber alle Bereiche des Sexgewerbes betroffen sind.

Was ist in Ihren Augen nötig, damit sich Ihre Arbeitsbedingungen verbessern?

Wir fordern die völlige Entkriminalisierung der Sexarbeit, den Zugang zu geltendem Recht, also auch zum Arbeitsrecht, was uns wiederum erlauben würde, uns zusammenzuschliessen und drinnen zu arbeiten, sodass die Ausübung unseres Berufs sicherer wird. Eine solche Gesetzesänderung muss aber mit allgemeineren Verbesserungen verbunden sein, etwa mit gewerkschaftlicher Unter-

«Wir stellen generell eine Prekarisierung fest: Die Kunden haben heute im Preisverhandeln die Oberhand. Der Preisdruck steigt, Sex ohne Kondom wird immer häufiger verlangt, die Meldungen von Gewaltausübungen sowie von Neuansteckungen mit STI/HIV werden mehr. Das Gewerbe verlagert sich fortwährend, so dass HIV-positive Sexarbeitende Schwierigkeiten haben, ihre Viruslast kontrollieren zu lassen, die demzufolge häufiger ansteigt.»

stützung im Kampf gegen Ausbeutung und Missbrauch, die in unserem Gewerbe üblich sind, wie etwa in der Schweiz, wo Hausbesitzer mit den Preisen für Zimmer und Studios Wucher treiben. Ebenso wenig vergessen darf man den Kampf gegen Armut und Prekarität, für die Unterstützung alleinerziehender Mütter, für das Aufenthaltsrecht migrantischer Sexarbeitender, für die Anerkennung der trans Identität und für die Legalisierung des Drogenkonsums – alles Themen, die viele Sexarbeitende betreffen, da diese häufig auch Minderheiten angehören.
nsch



© Soziale Einrichtungen und Betriebe/Nik Spörri

Reglementierte Sexarbeit in Zürich. Fünf Jahre nach dem Start sind die sogenannten Verrichtungsboxen kein Thema mehr. Weder in der Bevölkerung, noch in der Politik. Zahlen zur Nutzung hat die Stadt Zürich keine.

Sexarbeit: Freier bestrafen?

Angebot und Konsum von sexuellen Dienstleistungen sind in der Schweiz legal, auch Bordelle sind erlaubt. International ist hingegen eine Tendenz zu stärkerer staatlicher Reglementierung der Sexarbeit zu beobachten. Das EU-Parlament zum Beispiel hat 2014 seinen Mitgliedsstaaten ein Verbot der Sexarbeit empfohlen, da diese als Menschenrechtsverletzung und Form der Gewalt gegen Frauen einzuschätzen sei.

In der Umsetzung propagiert wird insbesondere das sogenannte Nordische Modell, das seit Jahren in Schweden, Norwegen und Island gilt. Es stellt den Kauf sexueller Dienstleistungen unter Strafe, will also die Freier bestrafen und nicht die Sexarbeitenden. Das Ziel sind die gesellschaftliche Ächtung der Sexarbeit und der Ausstieg der Sexarbeitenden aus ihrem Gewerbe.

In der Schweiz ruft nun die Frauenzentrale Zürich zum Systemwechsel auf. Sie lancierte am 1. Juli ihre Kampagne «Für eine Schweiz ohne Freier. Stopp Prostitution». Doch was sind eigentlich die Erfahrungen mit dem Nordischen Modell? An der Welt-Aids-Konferenz in Amsterdam wurden dazu neue Studien präsentiert.

Kanada: Gesetz erschwert Zugang zur Gesundheitsversorgung

Elena Argento von der University of British Columbia präsentierte eine Analyse des 2014 in Kanada eingeführten Protection of Communities and Exploited Persons Act (PCEPA). Dieses Gesetz stellt den Kauf von Sexarbeit und das Bewerben von Sexarbeit durch Dritte unter Strafe. Die Langzeitstudie untersuchte den Einfluss der Gesetzgebung auf den Zugang von

«Die Kampagne der Frauenzentrale Zürich stiess bei vielen Organisationen, die sich für die Rechte und Gesundheit von Sexarbeitenden einsetzen, auf Kritik.»

Sexarbeitenden zu HIV-Therapie, Gesundheitsversorgung und Sozialdiensten in Vancouver. Die Forschenden beobachteten eine Gruppe von Sexarbeiterinnen über längere Zeit und stellten fest, dass Sozialdienste und Angebote von Selbsthilfe-Organisationen signifikant we-

niger genutzt wurden, als das Gesetz in Kraft trat. Die Studie fand keinen Hinweis auf einen verbesserten Zugang für HIV-positive Sexarbeitende zu einer Behandlung, stattdessen wurden nach der Einführung des Gesetzes Gesundheitsdienstleistungen allgemein eher gemieden. Die Studie kam deshalb zum Schluss, dass Ansätze, welche die Nachfrage nach Sexarbeit einzudämmen versuchen, Sexarbeitenden den Zugang zu Dienstleistungen und Unterstützung erschweren statt erleichtern.

Frankreich: Gesetz hat vielfältige negative Konsequenzen

Hélène Lebail vom Centre de Recherches Internationales der Sciences Po präsentierte eine Studie von Médecins du Monde, welche die Folgen des 2016 in Frankreich eingeführten Gesetzes untersuchte, das den Kauf sexueller Dienstleistungen unter Strafe stellt. Die Forschenden führten qualitative, semistrukturierte Interviews und eine auf einem Fragebogen basierende, quantitative Umfrage durch. Die Auswertung ergab, dass die direkte Folge des Gesetzes ein akuter Anstieg der sozioökonomischen Verwundbarkeit der Sexarbeitenden war. Dies schloss eine Zunahme von Freiergewalt, unwürdigen Arbeitsbedingungen und negativen Auswirkungen auf die Gesundheit mit ein.

Die Forschenden stellten zudem eine Abnahme des Kondomgebrauchs und verstärkte Schwierigkeiten beim Verhandeln und Durchsetzen von Safer-Sex-Praktiken fest, seit das Gesetz in Kraft ist. HIV-positive Sexarbeitende berichteten von erschwertem Zugang zu Gesundheitsdiensten. Die Studie rapportierte einen Anstieg von sexuell übertragbaren Infektionen (STI), besonders Syphilis, unter Sexarbeitenden in Frankreich.

Linda-Gail Bekker, Präsidentin der International AIDS Society und Vorsitzende der Konferenz, kommentierte: «Im Licht der Bedeutung

des Themas Sexarbeit im globalen Kampf gegen HIV verdienen diese Studien Beachtung. Wenn die Kriminalisierung der Nachfrage nach Sexarbeit den Zugang zur Prävention und Behandlung von HIV behindert, ist das sehr besorgniserregend.»

Die Kampagne der Frauenzentrale Zürich stiess denn auch bei vielen Organisationen, die sich für die Rechte und Gesundheit von Sexarbeitenden einsetzen, auf Kritik. Diese lancierten den Appell «Sexarbeit ist Arbeit», im

Unterstützungskomitee sind unter anderem die Fachstellen für Sexarbeit Lysistrada und LISA, die Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration (FIZ), die Fachstellen für Gleichstellung von Stadt und Kanton Zürich sowie die Aids-Hilfe Schweiz (AHS) vertreten. *nsch*

Andreas Lehner, Geschäftsführer der Aids-Hilfe Schweiz (AHS), nimmt Stellung zum Appell:

Was ist die Motivation der AHS, den Appell für die Rechte von Sexarbeitenden, «Sexarbeit ist Arbeit», zu unterstützen?

Sexarbeit, die freiwillig ausgeführt wird, ist Arbeit. Wir sehen in unseren Projekten, dass die Stigmatisierung von vielen Dingen, die mit Sexualität zu tun haben, sehr gross ist. Oft geht es um Moralvorstellungen und gutgemeinten paternalistischen Schutz für Sexarbeitende. Für unsere Arbeit ist ein uneingeschränkter Zugang zu Sexworker_innen die Grundlage dafür, ihre Arbeitsumstände zu verbessern (da besteht durchaus Handlungsbedarf) und sie mit den wichtigen Informationen zu versorgen, damit sie bei ihrer Arbeit gesund bleiben können.

Welche negativen Auswirkungen befürchtet die AHS bei einem Verbot des Kaufs sexueller Dienstleistungen?

Egal ob die Prostitution oder der Freier kriminalisiert wird: Die Sexarbeit wird zwangsläufig in den Untergrund gedrängt. Damit ist für die wichtige Präventions- und Testarbeit der Zugang verschlossen. Und die Sicherheit der Sexarbeitenden ist nicht mehr gewährleistet.

Welche Massnahmen schlägt die AHS vor, um die sexuelle Gesundheit der Sexarbeitenden zu fördern?

Die konsequente Umsetzung der bestehenden Gesetze und Verordnungen genügt. Damit können gesundheitsfördernde Massnahmen in einem legalen Rahmen für eine breite Schicht sichergestellt und aufgebaut werden.